

## STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00  
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

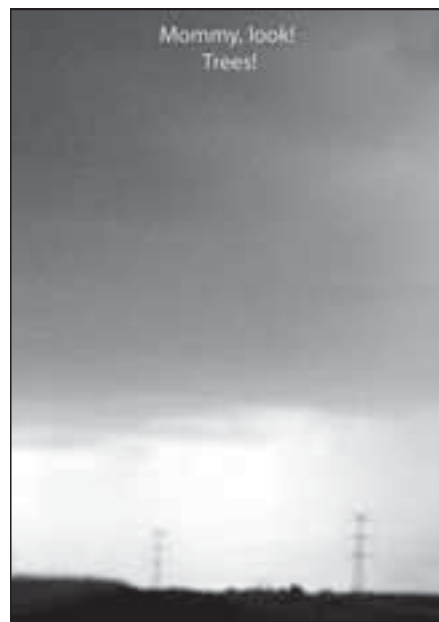
## Entlastung auf der Römerstraße

Übermorgen stadteinwärts wieder zweispurig befahrbar

RNZ. Seit April laufen die Kanalbauarbeiten für Mark-Twain-Village-Nord. Damit wird dieser Teilbereich der einstigen US-Liegenschaft, das Gebiet zwischen Feuerbach- und Rheinstraße, an das städtische Kanalnetz angeschlossen. Für die Arbeiten im Bereich des Geh- und Radwegs musste in der Römerstraße ein Fahrstreifen pro Richtung gesperrt werden. Diese Arbeiten sind nun so weit fortgeschritten, dass die Baustelle in der Römerstraße weichen kann: Der Rückbau beginnt am Donnerstag, 8. August; voraussichtlich ab Freitag, 9. August, ist die Römerstraße stadteinwärts wieder zweispurig befahrbar. Auch der Geh- und Radweg stadteinwärts ist dann wieder frei.

Stadtauswärts dauern die Rückbauarbeiten noch etwas länger: Hier müssen zunächst die Asphaltkeile zwischen Gehweg und Fahrbahn entfernt werden. Voraussichtlich ab Freitag, 16. August, kann auch dieser Bereich wieder für den Verkehr freigegeben werden. Die Kanalbauarbeiten selbst sind noch nicht abgeschlossen, sie gehen größtenteils auf der Konversionsfläche weiter – wohl bis Ende März 2020.

## Schau! Bäume!



Der Pole Lukasz Chmielewski hat mit seinem Plakat „Mommy, look!“ erfolgreich am „Mut zur Wut“-Wettbewerb teilgenommen. „Mutti, schau! Bäume!“ steht darauf auf Englisch. „Die Botschaft scheint offensichtlich ökologisch. Der Betrachter wird in die Rolle eines Kindes versetzt, das gelernt hat, dass Bäume groß sind und draußen wachsen...“, erklärt er sein Werk. Aber er wolle damit auch auf weitergehende Probleme aufmerksam machen: „Wollen wir die Welt wirklich so, wie sie ist, unseren Kindern überlassen? Ist dies Erbe oder Erbschuld?“

## Weder forschen noch lehren

Christof Sohn gilt als Hauptverantwortlicher im Bluttest-Skandal – Das Beamtenrecht setzt hohe Hürden für Disziplinarmaßnahmen

Von Klaus Welzel

Ist das der Anfang vom Ende? Wird dem Ärztlichen Direktor der Universitäts-Frauenklinik, Prof. Christof Sohn, nicht nur die Lehr- und Forschungserlaubnis entzogen, sondern noch viel mehr? Der Mann, der diese Fragen beantworten könnte, heißt Bernhard Eitel. Er ist Rektor der Ruperto Carola. Und er schweigt. Auch seine Sprecherin sagt nichts, verweist auf die Erklärung vom 30. Juli, die stehe doch online. Und da liest man: „Beamten- und disziplinarrechtliche Konsequenzen werden geprüft, bzw. sind eingeleitet.“

Jetzt sind sie wirksam. Genauer gesagt seit dem 1. August 2019. Die Universität teilte Professor Sohn tags zuvor mit, dass er ab sofort für drei Monate weder lehren noch forschen dürfe. Dass dieser Schritt erfolgen wird, war schon lange klar. Die Frage lautete nur, wann.

Dreh- und Angelpunkt der Bestrafungsmaßnahme ist der 30. Juli. Jener Tag wird im endlos komplizierten Bluttest-Skandal deshalb zum wichtigen Datum, weil an diesem Tag der Aufsichtsrat des Uniklinikums die Rücktritte der beiden weiblichen Vorstände, Irma Traut Gürkan und Annette Grüters-Kieslich, akzeptierte (so die offizielle Formulierung).

Die eine, Gürkan, nahm bereits am nächsten Tag ihren Hut, wurde da noch einmal frenetisch von ihren Leuten gefeiert: An die 400 Mitarbeiter sollen bei dem spontanen Meeting minutenlang geklatscht haben. Es gab Blumen, Tränen, Gesang, berührende Reden – und Abschiedsworte ohne Bitterkeit.

Die andere wollte unbedingt noch drei Monate bleiben, offiziell um Reformen und eingeleitete Schritte zu vollenden – was Klinikbeschäftigten Sorgenfalten auf die Stirn treibt: Was soll das noch? Plant hier jemand, noch schnell einen Arbeitsbereich zu zerschlagen? Werden Mitarbeiter für eine Sache in Haftung genommen, mit der sie rein gar nichts zu tun hatten?



Darf als Konsequenz aus dem Bluttest-Skandal zunächst für drei Monate nicht unterrichten: Professor Christof Sohn – hier im November 2016 bei „Medizin am Abend.“ Foto: Alex

Und dann baute der Doppelrücktritt andernorts noch einen ganz anderen Druck auf: Wenn die Vorstände gehen, wenn der Dekan freiwillig hinwirft – wieso darf dann der Bluttest-Erfinder im Amt bleiben? Er, der das große „Bild“-Interview führte („Weltsensation“)? Er, der den Promi-Investor Harder ins Boot holte? Er, der die überzogene PR-Kampagne mitbefeuerte? Er, der nicht in einem wissenschaftlichen Journal veröffentlichte? Er, der dem Ansehen des Uniklinikums geschadet hat?

Der Druck stieg. Zugleich hatte die sogenannte unabhängige Kommission den Stab über Sohn gebrochen, ihm „Eitelkeit“ vorgeworfen. Und am Rücktrittstag der Vorstandsdamen forderte der Aufsichtsrat die Universität auf, „die notwendigen Konsequenzen“ gegenüber Sohn als Hauptverantwortlichen „für den Brustkrebs-Bluttest“ zu ziehen.

Die Lage spitzte sich damit auch aus Sicht von Rektor Eitel zu. Er handelte. Die jetzt verhängte Suspendierung von

Forschung und Lehre kann er drei Monate aufrecht erhalten. Bis dahin muss er entweder ein Disziplinarverfahren gegen Sohn einleiten oder ihn ganz vor die Tür setzen. Beamtenrechtlich ein sehr schwieriges Verfahren – gegen das Sohn natürlich juristisch vorgehen kann.

Aus der Uni hört man, die jetzige Maßnahme sei ein erster Schritt. Ob weitere folgen, ist jedoch völlig offen. Nur eines ist gewiss: Am Bluttest weiter forschen darf Christof Sohn derzeit nicht.

## Noch knapp vier Monate Bauarbeiten

Zweiter Bauabschnitt für den neuen Radweg am Adenauerplatz beginnt nächste Woche

hö. Seit Mitte Juli baut die Stadt die neue Radachse am Adenauerplatz, die als schnelle Altstadt-Verbindung die Plöck entlasten soll. Damit, so die Stadt, soll die Radweglücke in Ost-West-Richtung geschlossen werden. Zunächst wurde zwischen Sofienstraße und Rohrbacher Straße der Bürgersteig umgebaut, um einen Radweg auf Trottoir-Niveau zu schaffen. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, dass bald der zweite Bauabschnitt begonnen werden kann: Von Freitag, 16. August, bis Ende des Monats wird im Einmündungsbereich Sofienstraße/Friedrich-Ebert-Anlage am Deutsch-Amerikanischen Institut der Geh- und Radweg gebaut.

Die Durchfahrt für den Autoverkehr ist in dieser Bauphase frei, es steht allerdings nur eine Rechtsabbiegerspur aus der Friedrich-Ebert-Anlage in die Sofienstraße zur Verfügung; das wird auch in Zukunft so bleiben. Der Radverkehr wird – wie auch



Die Bauarbeiten für den neuen Radweg am Adenauerplatz sind in vollem Gange – sollen aber noch bis Ende November dauern. Foto: lej

in allen folgenden Bauphasen – über Nadlerstraße, Plöck, Kleine Plöck zur Rohrbacher Straße umgeleitet. Der Durchgang für Fußgänger bleibt frei. Die Bauarbeiten liegen im Zeitplan und sollen bis voraussichtlich Ende November abgeschlossen sein.

Zwar gab der Gemeinderat bereits im letzten Jahr grünes Licht, doch ganz ohne Kritik blieb der neue Radweg nicht – er soll die aus Richtung Universitätsbibliothek kommenden Radfahrer von der Plöck über die Schiefstörstraße auf die Friedrich-Ebert-Anlage zum Adenauerplatz leiten: Erstens wird er 400 000 Euro teurer als geplant (und so 1,1 Millionen Euro kosten); zweitens kreuzen weitere Radverbindungen am Adenauerplatz die Route – es bleibt also auf zwei Rädern gefährlich; und drittens müssen die Radler Richtung Bahnhof in der Kurfürsten-Anlage weiterhin die „Buckelpiste“ benutzen. Kurz: relativ viel Geld für relativ wenig Verbesserungen.

## Und wieder traf es den Kiosk

Wieder wüteten Vandalen in Kirchheimer Alla-Hopp-Anlage

pol. In der Nacht von Sonntag auf Montag verschafften sich unbekannte Täter Zutritt zu dem Kiosk auf der Alla-Hopp-Anlage im Harbigweg in Kirchheim – mal wieder. Der oder die Einbrecher hebelten die hölzerne Fensterabdeckung auf und kamen so in den Innenraum. Neben mehreren Getränkeflaschen wurde auch Eis verwendet. Das Polizeirevier Süd hat die Ermittlungen aufgenommen und sucht in diesem Zusammenhang nach Zeugen. Sie werden gebeten, sich unter Telefon 06221 / 34180 zu melden. Der Kiosk an der Bewegungs- und Begegnungsstätte „Alla Hopp“ war in diesem Jahr schon einmal Ziel von Einbrechern und Vandalen – Mitte Juli. Schon damals verschafften sich Unbekannte durch die Fenster Zutritt und stahlen Süßigkeiten und Getränke.

## Sperrzeiten: Die meisten Stadträte wollen in Berufung gehen

Erstes Stimmungsbild nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe – Kritik an Ordnungsbürgermeister Wolfgang Erichson – „Maßnahmen endlich umsetzen“

Von Anica Edinger

Unter der Woche soll um Mitternacht Schluss sein, am Wochenende um 2.30 Uhr: Das Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe im Sperrzeiten-Streit vergangene Woche hat bei einigen Kopschütteln, bei anderen Freudensprünge ausgelöst. Es war die letzte Eskalation eines langen Streits, der schon seit Jahrzehnten zwischen Wirten und Feierwütigen auf der einen, und lärmgeplagten Anwohnern auf der anderen Seite in der Kernaltstadt rund um die Untere Straße schwelt.

Nun ist es erneut am Gemeinderat, einerseits zu entscheiden, ob Berufung gegen das Urteil eingelegt werden soll – und andererseits gegebenenfalls neue Geltungsbereiche für veränderte Kneipenöffnungszeiten in der Altstadt festzulegen. Schließlich stellte das Gericht nur bei vier Klägern fest, dass der nächtliche Lärm ihre Gesundheit gefährdet – und die wohnen in der Kettengasse und an der Ecke Untere Straße/Dreinkönigsstraße. Die RNZ fragte bei den Fraktionen im Gemeinderat nach. Das ist ein erstes Stimmungsbild.

■ **Wer will in Berufung gehen?** Klar für eine Berufung positioniert haben sich bislang die SPD (7 Stadträte), die Linke (3), die FDP (3), die AfD (2), die Partei (1) sowie „Heidelberg in Bewegung“ (1). Die Urteilsbegründung abwarten wollen die „Heidel-



Kein Bier mehr nach Mitternacht: Gegen die Entscheidung des Gerichts wird der Gemeinderat wohl Berufung einlegen. Foto: Hoene

berger“ (3) und die CDU (7) – allerdings mit deutlicher Tendenz zur Berufung. Schon jetzt sagt die CDU: „Eine attraktive Kulturstadt, die um Mitternacht ihre Innenstadt schließt, ist für niemanden akzeptabel.“ Auch die SPD meint: „Wir halten das Urteil nicht für geeignet, um einen angemessenen Interessensausgleich herzustellen und den Konflikt zu befrieden. Insbesondere eine Sperrzeit von 0 Uhr an Werktagen halten wir für zu restriktiv.“ Deutliche Worte findet auch die FDP: „In einer Universitätsstadt mit über 40 000 Studenten, restriktivere Sperrzeiten als

zum Beispiel in Baden-Baden einzuführen, wäre in meinen Augen ein Armutszeugnis“, so Fraktionschef Karl Breer. Und Sahra Mirrow schreibt für die „Linke“: „Unter der Woche um Mitternacht schließen zu müssen, bedeutet nichts anderes, als das Freizeitleben zu Grabe zu tragen. Der Stadt wird damit nicht nur das Nachtleben genommen, die Innenstadt wird verödet.“ Die Grünen – die mit 16 Stadträten mit Abstand größte Fraktion im neuen Gemeinderat – halten sich unterdessen noch bedeckt. „Wir möchten in Ruhe die schriftliche Urteilsbegründung abwarten und diskutieren, ob wir uns für eine Berufung entscheiden.“

■ **Wer ist gegen die Berufung?** Klar gegen eine Berufung sprechen sich die beiden Stadträte der Buntten Linken sowie die neue Arbeitsgemeinschaft aus Grün-Alternativen-Liste (GAL) und Freien Wählern (3 Stadträte) aus. Judith Marggraf (GAL) erklärt: „Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts, bedauern aber durchaus, dass das

auch viele Gastronomiebetriebe trifft, die sehr verantwortungsvoll mit der Lärmproblematik umgegangen sind.“ Dass diese Entscheidung zu erwarten war, finden Hilde Stolz und Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke). Und: „Wir halten sie für richtig.“ Schließlich handle es sich beim nächtlichen Lärm „um eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit“.

■ **Wie sollen die Probleme gelöst werden?** „Es ist uns unverständlich, dass der zuständige Dezernent es versäumt hat, die vom Gemeinderat beschlossenen flankierenden Maßnahmen zur Lärmreduzierung auch umzusetzen“, schreibt die CDU. Ordnungsbürgermeister Wolfgang Erichson hatte dies vor Gericht damit begründet, dass die Anwohner nicht bereit gewesen seien, am Mediationsverfahren teilzunehmen. Für die CDU war das „ein schwerer Fehler“. Deshalb müssten die Maßnahmen nun zeitnah umgesetzt werden – was fast alle Fraktionen im Gemeinderat auf RNZ-Anfrage so sehen. Die SPD spricht sich daneben für eine weitere Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) aus. Die Grünen fordern, dass in Heidelberg „das erfolgreiche Konzept eines Nachtbürgermeisters aus Mannheim“ übernommen wird. Richtig kreativ wird „Heidelberg in Bewegung“, im Gemeinderat vertreten von Waseem Butt. Die Straßen, in denen die

betroffenen vier Kläger wohnen, sollten in Ruhezeiten mit speziellen Schallschutzmaßnahmen umgewandelt werden, ist eine der Ideen. Außerdem will HIB einen Konsumberater in Kneipen für offensichtlich Betrunkene, eine Fußgängerzone in der Poststraße, wo sich weitere Kneipen zur Entzerrung ansiedeln sollten sowie Streetworker für die Altstadt. Und schließlich: „Lärmgeplagte Anwohner sollen die Möglichkeit zum Wohnungstausch von der GGH in ruhigere Wohngebieten bekommen.“ Die Bunte Linke zweifelt unterdessen gänzlich an der Wirksamkeit weiterer Maßnahmen zur Verringerung des Lärms. Sie findet: „Mittel- bis langfristig sollte die Anzahl der Gastronomiebetriebe in der Altstadt weiter abnehmen.“

■ **Was heißt das letztlich für die Entscheidung?** Selbst wenn sich einige Fraktionen noch nicht endgültig positionieren wollen: Alles sieht danach aus, dass der Gemeinderat sich nach der Sommerpause dafür entscheiden wird, Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts einzulegen. Denn selbst wenn die Grünen sich gegen die Berufung entscheiden, sind immer noch – CDU wie auch Heidelberger ins Ja-Lager miteingerechnet – 27 dafür und 21 dagegen. Dann geht der Sperrzeiten-Streit in die nächste Instanz. Und die Geschichte geht weiter.